

# Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller  
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN  
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI  
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 62. TELEFON 53077.  
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.



16. Jahrgang

Mittwoch, 25. März 1936

Nr. 72

## Mildes Urteil in Wien Höchststrafe 20 Monate Das System fürchtet die Arbeiter und die Weltöffentlichkeit

Wien. (Tsch. P.-B.) Heute vormittags wurde das Urteil gegen die dreißig revolutionären Sozialisten verkündet. Der Hauptangeklagte Sailer wurde zu zwanzig Monaten, die Angeklagten Gmhart zu achtzehn Monaten, Felleis zu sechzehn Monaten, Fischer, Grill, Knechtelsdorfer und Kreisky zu je zwölf Monaten, Kaufner zu zehn Monaten, Prokisch zu neun, Wohler und Pjaner zu je acht, Patach zu sechs, Fürberg und Honner zu je vier Monaten schweren Kerker verurteilt. Dr. Schick, Elise Ferner und Leonine Hans wurden zu je sechs Wochen strengen Arrests verurteilt. Die übrigen dreißig Angeklagten wurden freigesprochen.

Die österreichische Sozialdemokratie hat sich in tausend Kämpfen glänzend geschlagen. Sie hat jahrelang dem Ausnahmezustand der achtziger Jahre getrotzt, bis er beseitigt war, sie hat anderthalb Jahrzehnte um das gleiche Wahlrecht gekämpft, bis es auf den Straßen der Städte errungen war. Sie hat das Auffanwerk der Gemeinde Wien in einer Reihe von Wahlschlachten verteidigt, sie hat sich heldenmütig gewehrt gegen die Kanonen der Dollfußherrschaft im Februar 1934 und sie hat in dem jetzt beendeten Prozeß einen Geist bewiesen, der zeigt, daß diese Partei nicht nur eine glanzvolle Vergangenheit, sondern auch eine strahlende Zukunft hat. Obwohl die angeklagten Sozialdemokraten wußten, daß ihrer schweren Strafen harrten können, haben sie sich mutig zu ihrer Partei und ihrer Weltanschauung bekundet und haben damit eine moralische Hebelwirkung über ihre Ankläger bewiesen, die umso augenfälliger wirkt, als die österreichische Presse an den Angeklagten kein gutes Haar gelassen hat.

Zum Verständnis dieses Urteilspruchs ist zu sagen, daß der Prozeß unter der allgeröchelten Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit stand, die ganz einfach nicht zur Kenntnis nehmen konnte, daß es sich hier um Hochverräter handelt. Das Prozeßergebnis beweist, daß selbst die ILLEGALE österreichische Arbeiterbewegung dem Gedanken der österreichischen Unabhängigkeit diene. Vor kurzem hat man den Gewerkschafter Holowatyj wegen geringerer Delikte zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Es ist kein Zweifel, daß auch dieses Urteil milder ausfallen würde, wenn das Ausland in gleicher Weise eingegriffen hätte, wie diesmal. Dann aber wurde durch den Prozeß auch offenbar, daß die österreichische Arbeiterbewegung weiterlebt: nicht nur als politische Kraft, sondern auch als Warnung an die österreichischen Richter. Der Vorsitzende des Gerichts zittert seit dem Urteilspruch über Gerl um sein Leben, man sieht ihn nur in Begleitung einiger Detektive. Wenn die Wäch-

leule Wiens zu Hunderten Märderversicherungen mit den Sozialdemokraten suchen, ist es begreiflich, daß sich auch Richter mit den künftigen Herren Oesterreichs besser stellen möchten. Es ist noch nicht zu sagen, ob dies dem Mörder Gerls etwas nützen wird. . . . Wenn die österreichischen Schourgerichte wirklich Schourgerichte wären und nicht eine üble Parodie auf sie, wären sämtliche Angeklagte freigesprochen worden.

Es sei darauf hingewiesen, daß der erblindende Sailer noch sechs Monate im Gefängnis bleiben soll! Jeder Tag, den dieser Mann der Freiheit beraubt bleibt, ist eine unvorstellbare Grausamkeit. Die Arbeiter der ganzen Welt müssen fordern, daß er sofort amnestiert werde! Das gleiche gilt hinsichtlich Holowatyj und der anderen mit schweren Zuchthausstrafen belegten Illegalen!

Dieses Urteil ist der Ausdruck der Schwäche und Unsicherheit der österreichischen Nachhaken. Vielleicht auch ein Ausdruck der Kurzatmigkeit der österreichischen Richter vor den Arbeitern. Auf jeden Fall aber Beweis dafür, daß sich die österreichische Arbeiterbewegung mächtig regt und daß die Herrschenden und ihre Organe mit ihr rechnen. Die geistige Klärung, die auf dem Vorreit im Landesgericht erreicht wurde und der Ausdruck der Kraft, der die Haltung unserer Genossen war, sie werden sich in der geistigsten Arbeit der Illegalen widerspiegeln. Vielleicht wird die österreichische Regierung nicht mehr allzuviel Lust verspüren, solche Prozesse zu wiederholen.

## Vor dem Wahlkampf

C. N. Paris.

„Die Regierung bringt Ihnen nach Tagen voller Vagantheit die Festlegung des Friedens.“ Damit leitete am 20. März der französische Außenminister Blandin seinen Redensartenbericht über die französische Außenpolitik seit dem 7. März, dem Tage der deutschen Rheinlandbesetzung und des Bruchs des Locarno-Vertrages, vor der Kammer ein. Dieses Fazit der Londoner Verhandlungsergebnisse spiegelt völlig klar das Aufkommen wider, das angesichts der Uebereinkunft zwischen den „Locarnomächten“ Frankreich, Belgien, England und Italien durch Frankreich gegangen ist. Die Befriedigung ist groß und allgemein, daß man sich überhaupt geeinigt hat und daß man jetzt mit einem Vorgehen an der Seite Englands für die nächste Zukunft rechnen kann. Bald nach dem Hitler-Coup war der Schrecken über diesen Streich und seine Folgen einer nervösen Spannung und einer ausländischen Unruhe gewichen, die der Ausdruck der großen Unsicherheit vor der nächsten Zukunft und vor allem aber die Wirkung der englischen Haltung war. Bis zum heutigen Tage ist es den Franzosen ganz unbegreiflich, wie eine zivilisierte Nation wie die Engländer, nicht vorbehaltlos der französischen These zustimmen, daß zuerst einmal der Rechtsbruch gesühnt werden müsse, bevor man sich mit dem Rechtsbrecher wieder an einen Tisch setzt. Da, wenn man eine solide englische Generalstaabs-garantie gegen die künftigen Vertragsbrüche und gegen künftige Angriffshandlungen Hitlers heimtragen könnte, dann würde man mit größerer Hoffnung auch an die Neuordnung des zerstückelten europäischen Kontinents zu denken haben. Aber haben die Franzosen nicht etwas Ähnliches wirklich erreicht?

Die Einzelheiten der Einigung zwischen den Locarnomächten (Italiens Zustimmung steht nicht ohne Abstrich noch aus) sind noch nicht sehr deutlich in das allgemeine Bewußtsein eingedrungen, aber der Alpdruck ist gewichen, und die kritische Analyse beginnt erst. Bei Zustimmung im großen ganzen legen die Mächte der Rechte und der Linken auf die Einzelheiten verschiedene starkes Gewicht. Für Bertinot im „Echo de Paris“ stehen die Generalstaabsabmachungen im Vordergrund, während Léon Blum im sozialistischen „Populaire“ vom 21. März die Forderung erhebt, daß auch bei negativer Antwort Hitlers auf die Locarno-Resolution von London eine allgemeine Staatenkonferenz stattfinden, welche die kollektive Sicherheit durch Schaffung einer allgemeinen militärischen Bündnispflicht gegen den Angreiferstaat organisieren soll. Herrriot, Ehrenpräsident der Radikalsozialistischen Partei, erklärt im „Nouvre“ vom 22. März in den Londoner Resolutionen den ersten Schritt zur Wiederbelebung des Genfer Protokolls von 1924, das eine allgemeine Bündnispflicht gegen den Angreiferstaat vorsah, alle Bündnismitglieder verpflichten sollte und schließlich an dem Widerstand Englands gescheitert ist. Die mussolinifreundliche Presse verlangt ein rasches Ende der Sanktionen gegen Italien ohne Rücksicht darauf, ob der Regus den Frieden unterschreibt oder nicht; Schluß mit „die-fer Ungerechtigkeit angesichts der strahlenden Rechtsbrüche Deutschlands“, ein Ende „diesem Unrecht wegen einer einfachen Kolonialaktion.“

Alle Zeitungen beweisen genau aus Buchstaben und Sinn der Londoner Uebereinkunft die Gültigkeit der neu errungenen wechselseitigen militärischen Garantiepflcht der vier Locarnomächte auch und gerade bei negativer Antwort Hitlers und beim Scheitern der weiter reichenden Pläne für ein Locarno Nr. 2. Deshalb ist eigentlich auch das Kopfzerbrechen über Hitlers Haltung nicht so groß, und nur ganz gelegentlich wird jähhaft der Radikalismus bemerkt, mit welchem Herr Eben dem Delegierten Hitlers für die Rückreise nach Berlin die Versicherung mit auf den Weg gab, die Viermächteeinigung sei ein Verhandlungsvorschlag und kein Ultimatum an Deutschland.

Für den Augenblick also ist die Stimmung erleichtert, und die Gedanken wenden sich den kommenden Dingen im Lande selbst zu. Der Senat hat sich auf den Juni vertagt, und die Kammer hat in der Nacht zum 21. März ihren letzten Atemzug getan; schnell wurden noch einige Lokal-Verordnungen „vernehmlicht“ und die Anleiheermächtigung für die Staatskasse erhöht. Damit

## Ratstagung ergebnislos abgebrochen Vertagung bis Mai

London. Dienstag abends wurde die Tagung des Völkerbundesfang- und Klanglos beendet. Der Rat wird offenbar erst wieder im Mai zusammentreten.  
In seiner letzten Sitzung hat der Rat lediglich zur Kenntnis genommen, daß die von den Signatarmächten des Locarno-Paktes ausgearbeiteten und ihm vorgelegten „Vorschläge“ gegenwärtig von den zuständigen Regierungen geprüft werden. Der Rat ist der Meinung, daß mit Rücksicht auf die Unterredungen, welche noch vorläufig aufgeschoben werden müssen, über den Fortgang dieser Unterredungen Bericht zusammenzutreten, sobald die Umstände dies erfordern werden.

## Frankreich bleibt konsequent

Paris. In den Pariser amtlichen Stellen wird mit aller Entschiedenheit erklärt, daß der Standpunkt Frankreichs, wie ihn Blandin am Freitag in der Kammer und im Senat darlegte, unverändert bleibe. Frankreich wird in keine Verhandlungen mit Deutschland eintreten, solange dieses nicht die Bedingungen der vier Signatarmächte des Rheinlandes annimmt. Der Umstand, daß Blandin Dienstag nachmittags Paris verließ, ohne die deutschen Gegenvorschläge abzuwarten, die Ribbentrop nach London brachte, und daß er zu einer mehrtägigen Tournee in seinen Wahlbezirk fuhr, deutet bereits darauf hin, daß der Standpunkt Frankreichs unausweichlich ist.

Die letzte Erklärung Ebens im Unterhause, daß es sich nicht um Bedingungen der vier Locarno-Mächte, sondern bloß um „ethische Vorschläge“ handle, hat in Paris scharfen Widerspruch und Protest hervorgerufen. Frankreich könne die Vorschläge Hitlers erst erwägen, und zwar nur auf einer gemeinsamen Konferenz mit den vier Signatarmächten des Rheinlandes, bis Deutschland den ihm bekanntgegebenen Bedingungen entspricht.

## Rohstoffe nur bis Ostern? Kritische Lage in Hitler-Deutschland

Berlin. (Savab.) Dr. Schacht soll, wie in deutschen Wirtschaftskreisen behauptet wird, den Reichskanzler Hitler in sehr nachdruckvoller Weise darauf aufmerksam gemacht haben, daß Deutschland bis Ostern die gegenwärtige diplomatische Krise überwinden haben

müsse. In wirtschaftlichen Kreisen Deutschlands wird zugegeben, daß die deutsche Industrie mit Rohstoffen nur bis Ostern versorgt ist. Der Mangel an Devisen werde es notwendig machen, die Vorräte zu erschöpfen, und ihre Erneuerung verhindern. Falls sich die Lage verschlimmern werde, werde mit einer Einschränkung der Ernährung der Bevölkerung, mit einer

## Hitlers Antwort ablehnend Neue Vorschläge nach den Wahlen versprochen

London. Volkshocher von Ribbentrop ist Dienstag in London eingetroffen und hat abends dem britischen Staatssekretär Eden die vorläufige Antwort der deutschen Regierung auf die Note der Locarno-Mächte überreicht. Der Kern der Note liegt in dem Schlußabsatz, daß die deutsche Regierung am Dienstag, den 31. März, also erst nach den deutschen „Wahlen“, ihre eingehende Stellungnahme mit neuen positiven Vorschlägen der britischen Regierung zur Verfügung stellen wird.

In der Einleitung wiederholt die deutsche Regierung nochmals „die Grundzüge und Gedankenhaltung ersichtlich werden wird“, und erklärt Vorschläge der Locarnomächte ablehnen, oder die Gleichberechtigung in zu diffamieren“ oder die Gleichberechtigung in

Angeregungen der britischen Regierung zu folgen Vorschlag für die Ueberwindung der europäischen nicht in Einzelheiten neilassen will. Zur Auf-woche schon rein technisch nicht mehr in der Lage.

Berlin. Auch die letzte Wahlrede, die Hitler Dienstag abends in der Reichshalle hielt, unterschied sich in nichts von den anderen vorangegangenen Wahlfundgebungen. Auch diesmal enthielt die Rede des Reichskanzlers nur sehr geringe konkrete Mitteilungen über den Stand der internationalen Verhandlungen. Doch aber dennoch deutlich genug erkennen, daß Deutschland die Forderungen der Locarnomächte zurück-

Ver schlimmerung der Arbeitslosigkeit und einer Belastung der gesamten sozialen Lage zu rechnen sein.

## Acht Tote in Krakau Arbeitsruhe während des Begräbnisses der Opfer

Krakau. Im städtischen Spital sind zwei weitere Opfer der blutigen Arbeiterunruhen gestorben, so daß sich die Zahl der Toten auf acht erhöht hat. Die Behörden nehmen weitere Verhaftungen unter den Anführern der Demonstration vor. Die Zahl der Verhafteten übersteigt 150.

Mittwoch vormittags findet das Leichenbegängnis der acht Todesopfer der Unruhen statt. Die sozialistische Partei fordert die Analauer Arbeiterschaft auf, in großen Massen an dem Begräbnis teilzunehmen, das die Form einer großen Trauermanifestation der gesamten Arbeiterschaft erhalten soll. Während des Begräbnisses wird in allen Fabriken, Werkstätten und Betrieben die Arbeit ruhen.

hat die Kammer von 1932 zu bestehen aufgehört, der Wahlkampf hebt an.

Natürlich steht der Beginn der Kampagne hart unter dem Eindruck der schicksalsschweren letzten zwei Wochen, und die Rechtspresse wartet nicht mit dem Hinweis auf die Gefahr einer Volksentwicklung für die so nötige „patriotische Einigung“ gegen die deutsche Invasionsgefahr. Aber langsam schieben sich die eigentlichen innenpolitischen Fragen in den Vordergrund der Debatte. Kräftig und ohne Vorbehalt setzt sich der Präsident der Radikalfaschistischen Partei, D a l d e r, gegen Zweifel der Rechtspresse an der Seriosität der Beziehungen innerhalb der Volksfront für die Front der Linksparteien ein. Er zitiert beifällig sogar einen kommunistischen Artikel und fordert den radikalsten Kampf gegen die Ausbeuterprivilegien der Industrie- und finanzkapitalistischen Oberschichten („gegen die 200 Familien“ — die Frankreichs Colonie umzugewinnen der eigenen Taube beherrschen —). Die kommunistische Partei spendet durch die Feder eines

ihrer Führer Daladiers Proklamation der Selbstständigkeit und Handlungsfreiheit der Volksfrontpartei den Beifall und stellt bei dieser Gelegenheit wieder fest, daß sie den Eintritt in eine künftige Volksfrontregierung schon jetzt ablehnt. Ganz selbständig gehen auch alle Linksparteien in die Schlacht, um erst nach dem ersten Wahlgang am 26. April ihre Vereinbarungen für die Stichwahl am 3. Mai zu treffen. Die Kommunisten stellen zum erstenmal in allen Wahlkreisen für den ersten Gang eigene Kandidaten auf mit der deutlichen Absicht, ein Barometer für die eigene Stärke zu haben, das bei allen künftigen Schritten der Partei gegenüber der Volksfront oder auch nur gegenüber der Sozialistischen Partei seine Bedeutung haben kann. Aber vorerst ordnen die Parteien noch die Flugblattkassette und regeln die technischen Fragen der Wahllogitation. Der Schred vom 7. März und die Nervosität der Tage danach haben zu tief in den Gliedern, um nach der Entspannung dieser ersten Frühlingstage gleich wieder ein neues Fieber zu ermöglichen.

Schichten der Bevölkerung während Rücksicht nehmende Wirtschaftspolitik des Staates.

Der Bürger muß das Bewußtsein haben, daß die Regierung und Verwaltung des Staates von der ehelichen Sorge um ihn erfüllt ist. Er muß überzeugt sein, daß der Staat ein Schützer und Förderer seines materiellen und geistigen Wohles, seiner wirtschaftlichen Existenz und seiner Kultur sein will. Der vernünftige und nicht einer Hebe erlegene Staatsbürger wird keine unbilligen Forderungen an den Staat stellen. Er weiß, daß der Staat nicht omnipotent ist. Er wird also a. B. auch nicht die Regierung für die abwegigsten Auswüchse der Weltwirtschaftskrise verantwortlich machen; aber er darf erwarten, daß diese Auswirkungen nicht durch eine engbrüstige einseitige Interessenpolitik verschärft und bis ins Untragbare gesteigert werden!

Wie leicht wäre die geistige Verberberung und politische Verirrung großer Volksmassen im sudeten-deutschen Gebiet zu verhindern gewesen, wenn in der Staatsverwaltung immer die großen Konventionen eines Maratn oder eines Venetianer — und die gegenseitigen Auffassungen von den Aufgaben der Politik und Verwaltung weniger zum Ausdruck gekommen wären! Kein Kenner der Entwicklung der Verhältnisse im deutschen Randgebiete des Staates wird bestreiten wollen, welchen Anteil an dieser Achientwicklung eine bis zur Stumpellosigkeit getriebene und mit einem Riesenapparat arbeitende Demagogie hatte; niemand wird die Plünderpropaganda im Lande selbst und die jahrelange Bearbeitung dieses Volkes durch den deutschen Rundfunk übersehen dürfen.

Aber niemand sollte auch daran vorbeigehen, daß diese Propaganda auf ein Volk getroffen ist, das den Weltrekord in der Arbeitslosigkeit hält.

Trotz alledem sind hunderten Tausende armer Menschen im sudeten-deutschen Gebiete von der deutschfaschistischen Gleichschaltungswelle nicht mitgeriffen worden, weil sie durch unsere sozialdemokratische Schule gezeugen sind und darum die Freiheit der Person, des Wortes und der Meinung zu schätzen wissen.

Alle diese Menschen unserer Bewegung fähigen sich als mindestens ebenso gute Deutsche, wie die anderen sie sein wollen; aber sie wissen es auch zu schätzen, was es für sie (und für die anderen) bedeutet, daß hier noch eine Insel der Demokratie im Meere der Faschismen gebildet wird. Diese Menschen sind Helden in einem Kampfe gegen Not, Terror, Litz, Gewalt und Betrug. An ihnen ist vieles gutzumachen, was bisher veräußert worden, und hier eröffnet sich schon eine Aufgabe, an der wahre Staatskunst sich zu bewähren versuchen sollte!

Ihnen allen von der tschechischen Seite will ich darum sagen: Sie haben treue Bürger auch in den deutschen Landesteilen, Bürger, die selbst in der Not von heute nicht mit denen drüben tauschen wollen, weil diese anderen alles dessen entbehren, was freistimmigen Männern und Frauen das Leben erst lebendwert macht. Helfen Sie mit, diesen guten Bürger zu überzeugen, daß jeder im Staate auch für ihre materiellen, geistigen und seelischen Interessen b o l l e s B e r u n d n i s hat!

# Erst der Sturz der Diktaturen bringt den Frieden

## Genosse de Witte in der außenpolitischen Debatte

Frag. Im Außenministerium des Abgeordnetenhauses wurde am Dienstag in ganztägiger Sitzung die Debatte über das außenpolitische Exposé des Ministers Krofta abgeführt. Gegenüber den außenpolitischen Ereignissen der letzten Wochen traten diesmal die wirtschaftspolitischen Aspekte ziemlich in den Hintergrund. Bemerkenswert war die scharfe Sprache einzelner Koalitionssprecher gegen Hitler-Deutschland, die offen ausbrachen, daß man diesmal den Wünschen Hitlers einen starken Damm entgegenzusetzen müsse, soll nicht Europa binnen kurz oder lang in eine kriegerische Auseinandersetzung hineingetrieben werden. Der Ernst der Situation ist nach Auffassung fast aller Redner nicht zu verkennen.

Für unsere Fraktion sprach Genosse de Witte, der unter Beweis stellte, daß der Friede in Europa immer nur an einem Haare hängen wird, solange große europäische Staaten unter der faschistischen Diktatur stehen.

Innenpolitisch zog Genosse de Witte die Aufmerksamkeit, daß es keine erfolgsverheißende Außenpolitik ohne Stütze durch eine kluge Innenpolitik und durch eine die Bedürfnisse aller Bevölkerungsschichten gebührend berücksichtigende Wirtschaftspolitik des Staates gibt. Auch hier wurde, wie de Witte ausführte, bisher viel veräußert; um so eher sollten wenigstens jetzt die berechtigten Wünsche jener Hunderttausender von armen Menschen an sudeten-deutschen Gebiet berücksichtigt werden, die trotz allem von der deutsch-faschistischen Gleichschaltungswelle nicht mitgeriffen wurden, weil sie durch unsere sozialdemokratische Schule gezeugen sind.

Europa ist — soweit dürfen wir für den Augenblick wohl schon hoffen — noch einmal am Rande des Krieges vorbeigekommen. Aber es wäre ein menschlichschmerzlicher Selbstbetrug, zu glauben, daß wir nicht bald wieder vor einer neuen Kriegsgefahr stehen dürften. Jedenfalls ist eines nimmermehr durch die Erfahrungen gewiß schon gründlich genug erlärter:

daß der Friede immer nur an einem Haare hängt, solange große europäische Staaten unter faschistischer Diktatur stehen. Denn wer im eigenen Lande gewalttätig die von ihm be-

schworenen Verfassungsrechte befreitigt, wer zu Gans alles auf die Brutalität und nichts auf das Menschenrecht stellt, wer sein Volk leidet, die Humanität als verächtliche Schwäche zu verabschonen und einem Heroismus zu kultigen, der in der Vernichtung Andersdenkender seine höchste Befriedigung zu suchen habe,

der wird auch internationale Verträge nur anerkennen, solange er nicht anders kann und er wird die Verträge zerreißen, wenn es ihm so passen wird.

Seit 1918/19 bis heute verfolgen wir eine für Europa verhängnisvolle Kette von Feindgriffen der westlichen Demokratien. Die Staatsmänner des Westens waren stark gegen die friedenswillige, demokratische deutsche Republik und sich wach gegen den mit kriegerischem Wollen zur Macht gelangten deutschen Faschismus.

Dafür zahlt heute das deutsche Volk mit dem Verlust seiner bürgerlichen Freiheit und zahlt Europa — v r i ä n t l i c h — mit der Verwundung des Volksgutes an die Rüstungsindustrie.

Das Vollenlassen der Kriegsschuldfrage, die volle Gleichberechtigung und die Souveränität Deutschlands über sein ganzes Land — das hätte allen Verantwortlichen eine Selbstverständlichkeit sein müssen. Man hätte nicht erst den Faschismus über Deutschland heraufbeschwören müssen, um ihm dann unter den gefährlichsten Umständen zu beivilligen, was man der deutschen Demokratie in unbilliger und unkluger Weise verweigerte.

Nun zu den Aufgaben der Tschechoslowakischen Republik: Herr Minister Dr. Krofta hat sie sehr gut umschrieben: Die Tschechoslowakische Republik hat Völkerverbundpolitik zu machen. Alles andere wäre weniger gut; denn

bei allen Heßlern, Veräumnissen und Widerspielen in dieser Vereinigung steht die Sache am Ende doch so, daß der Völkerverbund immer noch der einzige, das heißt der letzte Friedensgarant ist.

Die Tschechoslowakische Republik will den Völkerverbund und den Frieden. Das ist unsere Linie auch, und darum ist es uns leicht, dem Außenminister zuzustimmen.

Allerdings gibt es keine erfolgsverheißende Außenpolitik ohne Stütze durch eine kluge Innenpolitik und durch eine auf die Bedürfnisse aller

### Bankratbericht:

## Saisonarbeiten beginnen — Exportschwierigkeiten dauern an

Der Bankrat der Tschechoslowakischen Nationalbank hielt am 24. I. M. seine ordentliche Monatsitzung unter dem Vorsitz des Gouverneurs Dr. Karl Engliš ab. Dem Geschäftsbericht entnehmen wir folgendes:

Die internationale Lage wurde in den letzten Wochen durch die deutsche Kündigung des Locarno-Vertrages und die Befestigung der entmilitarisierten Rheinzone erschwert. Dierdurch wurde neuerdings die politische und wirtschaftliche Unsicherheit zu ungunsten der erforderlichen schnelleren Behebung der Wirtschaftsverhältnisse, vor allem in Europa, gesteigert.

Die Entwicklung in der Tschechoslowakei nahm auch in den letzten Wochen der internationalen Verwirrung einen ruhigen Verlauf. In der Wirtschaft äußerten sich die ersten Anzeichen der eintretenden Frühjahrssaison in einem etwas lebhafteren Ausmaß als zu derselben Vorjahrsperiode.

Die Feldarbeiten haben in einigen niedrigeren Lagen bereits begonnen, im ganzen bot

jedoch die Landwirtschaft in diesem Zeitabschnitte noch keine ausgiebigere Arbeitsgelegenheit.

In der Industrieerzeugung konnte in den letzten Wochen in einigen für den Inlandsmarkt arbeitenden Unternehmungen eine gewisse Besserung wahrgenommen werden. In den Saisonzweigen setzt gleichfalls die Arbeit ein. Im Interesse der Unterstützung der heimischen Wirtschaftstätigkeit wäre es nötig, die gesetzlichen Voraussetzungen zur Behebung der Bautätigkeit und die Geschenkwürde zur Förderung des Automobilismus zu beschleunigen.

Für die Ausfuhr bleibt die Gesamtlage unverändert, die Exportschwierigkeiten verringern sich nicht, hingegen kommt eine um so größerer Bedeutung den Ergebnissen des Federaußenhandels zu, welche sowohl bei der Einfuhr als auch bei der Ausfuhr eine Unmöglichkeit ausweisen. Die Exportförderung entfällt wieder in beträchtlichem Maße auf Märkte mit freiem handelspolitischen und Devisen-Regime, was auch für die Reberbilanz des Außenhandels, welche aktiv war, bedeutungsvoll ist.

### Rechtsbeirat konstituiert

Frag. Dienstag fand im Gebäude des Präsidiums des Ministerrates die konstituierende Sitzung des Rechtsbeirates unter dem Vorsitz des Vorsitzenden der Regierung Dr. Milan Hodža und unter Beteiligung des Justizministers Dr. Déter als dessen Vorsitzender, Stellvertreter statt.

Die Sitzung wurde mit einer Ansprache des Vorsitzenden der Regierung eröffnet, in welcher er u. a. betonte, daß es vollkommen unrichtig sei, die Antithese der Begriffe des Rechtsstaates und

des sozialpolitischen Staates hervorzuheben, daß vielmehr die Synthese dieser beiden Merkmale des modernen demokratischen Staates notwendig sei: Die Tschechoslowakei will sowohl ein sozialpolitischer als auch ein Rechtsstaat sein.

In der Aussprache, die sich nach dieser Kundgebung entwickelte, wurden die Hauptaufgabebereiche für das Vorgehen und die Arbeitsmethode des Rechtsbeirates festgelegt. In der nächsten Sitzung wird er bereits zur Behandlung einer Reihe aktueller Fragen schreiten.

42

# MÄNNER, FRAUEN UND WAFFEN

Roman von Manfred Georg

Copyright by Dr. Manfred Georg, Prag

Er kommt in alle Kreise, in die er will, mit seinem Holsupolus. Wir haben ihm schon viel zu verdanken. Worum andere sich wochenlang mühen, das fliegt ihm zu. Leute, die sonst drei Schloffer vor dem Munde tragen, schütten alles in ihn, wie in einen Papierkorb. Er ist eine Art Bionier für uns. Er wird übrigens auch gleichzeitig mit Ihnen eine Vortragsreise durch die russischen Gegenden beginnen, in denen Sie arbeiten werden. Was ich übrigens noch fragen wollte: wollen Sie die kleine Längerin jetzt lieber all mitschmecken?

„Das ist lediglich meine Sekretärin.“

Makropulos runzelte mißbilligend die Stirn:

„Bei solchen Geschäften kann man keine Sekretärinnen gebrauchen. Die alte Wighblattfigur von der Stenotypistin, die auf dem Schoß ihres Chefs sitzt, ist überhaupt vollkommen nutzlos. Denn es muß so sein. Es ist noch immer das sicherste Mittel eines Chefs, eine wirkliche Stütze — und besonders in einem großen Betrieb einen nennen wir es „Wachhund“ zu haben, der von ihm in gewisser Beziehung abhängig ist. Es braucht ja keine furchtbare Liebe zu sein. Wenn sie nur sich nicht lösen kann und er sie ab und zu belohnt, Sie verstehen schon, dann ist das hundertmal besser als etwa ein Buchhalter, der schon beim Vater war. Neuaufgabe der Lieblingsfloristin, weiter gar nichts. Entschuldigen Sie, aber mir wäre es schon angenehmer, die Dame wäre Ihre Geliebte.“

„Also, wenn es Sie beruhigt: ich kann mich auf Sie verlassen.“

„Das genügt mir. Aber seien Sie heilfichtig. Ich muß das von Ihnen als Geschäftspartner verlangen: Sie werfen sie nicht sofort raus, wenn es zu Ende ist! Es gibt da Methoden des Abbaus, bei denen wir vor Ausplauderung von Geschäftsgeheimnissen verschont bleiben.“

Schumann verabschiedete sich und wollte schon gehen, als Makropulos ihn noch einmal anrief:

„Hören Sie, beinahe hätte ich es vergessen: ich habe ja von Dumais noch eine weitere Hilfsperson für Sie bekommen. Sie kennen Sie schon, die Fürstin Satorescu. Jetzt haben Sie zwei Frauen, mit denen Sie sich wirklich sehen lassen können!“

Schumann hörte den Spott in der Stimme Makropulos' laun. Er war von tausend Gedankens durchströmt, rannte in großen Sprüngen die Treppe hinunter und fuhr ins Hotel.

Gayde sah in einem Sessel am Fenster und begrüßte ihn mit der Frage:

„Kennst Du einen griechischen Geschichtsschreiber mit acht Buchstaben? In der Mitte „o.“

Es war das Seltsamste an ihr vielleicht, daß sie Kreuzworträtsel liebte. „Das entspannt mich so schön“, pflegte sie zu behaupten.

„Kenophon“, sagte er kurz. „Und jetzt pack Deine Sachen und verlaß sofort Wien. Fahr ins Südbahnhof auf dem Semmering und warte, bis ich telephoniere! Radrier kommt her.“

„O“, sagte sie erschrocken. Er half ihr. Im Handumdrehen war sie reisefertig.

„In vier Wochen fahren wir nach Rußland. Geschäftlich. Ich erzähle Dir noch alles.“

Dann war sie hinaus.

Schmohl es noch gar nicht die verabredete Zeit war, ja sogar noch eine Stunde früher, klopfte es an die Tür. Schumann ludte zusammen. Er hatte sich fest vorgenommen, Radrier aus dem Leben zu streichen. Die Gelegenheit würde sich geben. Daß sie nicht gleich da sein würde, war ihm bewußt. Er mußte seine Kraven behalten, durfte sich nichts anmerken lassen.

Aber nicht Radrier trat in das Zimmer, sondern herein schob sich dieser unangenehme junge Mann mit der Kugel und dem schiefen linken Auge. Schumann erhob sich erstaunt.

„Sie wünschen, bitte?“

Der Mann setzte sich breit, rühte sich unständlich auf dem Stuhl zurecht und meinte mit einer gebetenen Stimme:

„Das läßt sich nicht so mit einem Wort sagen.“

„Also dann sagen Sie es mit mehreren.“

Schumann war kein schlechter Beobachter. Er trennte sehr wohl das unangenehme Gefühl, das ihm dieser Fremde da wegen seiner Verbindung mit Gayde eingebläht hatte und eine davon unabhängige Abneigung, die er gegen den Typ als solchen empfand. Der Mensch war verlogen. Das gesunde Auge hatte einen unruhigen Blick. Er war gar nicht schlecht, aber etwas verlottert angezogen, und sein Lächeln sah nicht. Es war gezwungen.

Er holte umständlich eine Zigarette aus der Rocktasche und begann vor sich hin zu rauchen. Das einzig Gute an ihm waren die Hände, die vom Verfall des übrigen Menschen nicht mit angegriffen waren. Als er sich ein Streichholz anzündete, entdeckte des Rittmeisters scharfer Blick in dem losen Rockärmel, in dem keine Wäsche war, tief unterhalb des linken Handgelenks eine Anzahl kleiner roter Punkte, typische Sprengeneinfälle.

„Zuerst muß ich Sie bitten, mir Ihr Ehrenwort zu geben, daß meine Anwesenheit hier vollkommen unter uns bleibt.“

„Das wird davon abhängen, worum es sich handelt. Ich gebe keine Blanco-Unterschriften.“

„Das brauchen Sie auch nicht. Sie werden gleich merken, daß wir beide von der Unterhaltung profitieren werden.“

Er blies den Rauch von sich und sagte frech und bestimmt:

Schumann erschau, aber er gab keinen Laut des Staunens.

„Ich bin Kaufmann. Daß ich nach Rußland fahre, ist mir nicht bekannt. Erzählen Sie mir also, bitte, nichts über mich, sondern kommen Sie damit heraus, was Sie wollen. Wir verlieren sonst unnütz Zeit.“

„Also Sie fahren nicht nach Rußland? Dann wird das hier auch gar kein Interesse für Sie haben. Aber Sie können sich's mal ansehen.“

Er überreichte dem Rittmeister einen zusammengefalteten Zettel. Dieser las kurz darin. Dann fragte er:

„Wem gehört das?“

„Das gehört, so weit ich weiß, einem Herrn Radrier. Ganz interessante Liste, wie?“

Schumann steckte das Papier ein:

„Wie viel wollen Sie dafür?“

Der Mann schüttelte den Kopf:

„Ach nein, so geht das doch nicht. Ich will nicht bloß jetzt eine Summe Geld. Wir brauchen doch kein Verstecken zu spielen. Ich möchte Ihnen meine Dienste verkaufen. Eine Prämie, gern, aber ich will auch eine Stellung! Ich möchte eine Stellung bei Ihnen!“

„Ich glaube, wir sind soweit, daß Sie etwas offener reden können.“

Schumann holte Kognak und Wein aus dem Schrank...

„Danke schön“, jagte der Mann. „Ich trinke sehr gern. Aber bilden Sie sich nicht ein, daß ich nach ein paar Gläsern mehr rede, als ich will.“

„Rein Wagen verkauft sehr viel. Jetzt bekomme ich übrigens schon zwei Dienste bezahlt: erstens kriegt ich Geld für die Liste, die Sie eingestekt haben und zweitens für die Mitteilung, daß Ihre Sekretärin Sie bespioniert. Es ist Ihnen wohl klar, woher ich die Liste habe.“

„Sie ist ein Verräter? Und wen verraten Sie.“

(Fortsetzung folgt.)

# Sudetendeutscher Zeitspiegel

## Urteil im Patscheider-Prozeß

Von den Angeklagten im Patscheider-Prozeß wurden 13 verurteilt und vier freigesprochen. Verurteilt wurde Dr. Alfred Ruchs zu schwerem Kerker in der Dauer von zweieinhalb Jahren, Dr. Patscheider in der Dauer von vier Jahren, Paul Kamatsch gleichfalls zu vier Jahren, Erwin Mittel zu drei Jahren, Dr. Emil Lehmann zu zwei Jahren, Franz Schneider zu acht Monaten, Dr. Hans Schwarz gleichfalls zu acht Monaten, Otto Ehler zu neun Monaten, Ing. Rudolf Stasfen zu einem Jahr, Adolf Sadowski zu einem Jahr, Friedrich Schiller zu neun Monaten, Ing. Friedrich Fulda zu acht Monaten, Heinrich Kolbranz zu acht Monaten, freigesprochen wurden: Guido Nehm, Emil Breiter, Max Andera und Max Orsger, während gegen Kiehwetter die Anklage bekanntlich zurückgezogen worden ist. Der öffentliche Ankläger beantragte mit Rücksicht auf die Höhe der Strafe und die Gefahr der Flucht, die Verurteilten Dr. Ruchs, Mittel, Dr. Lehmann und Ing. Fulda sofort in Gerichtshaft zu nehmen. Die Verteidiger meldeten die Nichtigkeitsbeschwerde und die Berufung an, einige behielten sich eine Frist zu Rechtsmitteln vor. Für die Verurteilten, die in die Gerichtshaft genommen werden sollten, wurde eine Kaution angeboten. Das Gericht beschloß, daß Dr. Lehmann mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand — er war bei der Urteilsverkündung in Ohnmacht gefallen — in Freiheit belassen wird, wenn er innerhalb von 14 Tagen eine Kaution von 15.000 Kč erlegt. Das Gericht gibt sich auch damit zufrieden, daß diese Kaution auf das unverschuldete Hans Lehmanns intabuliert werde. Was Ing. Fulda betrifft, beschloß der Gerichtsenat, daß er nicht in Haft genommen werde, da er nur einen geringen Rest der Strafe zu verbüßen hat. Dr. Ruchs und Mittel schrieb das Gericht eine Kaution von je 100.000 Kč vor. Ihre Verteidiger boten sich an, für die Kaution die persönliche Garantie zu übernehmen, das Gericht nahm jedoch ihre Angebot nicht an, da es ihre Vermögensverhältnisse nicht kennt. Dr. Ruchs und Mittel wurden sodann bis zur Erlegung der Kaution in Gerichtshaft genommen.

## Was der Deutsche Pädagogische Verein treibt!

Der Deutsche Pädagogische Verein in Prag veranstaltet diesen Freitag in der „Urania“ einen Abend mit folgendem Programm: 1. Vortragsabend, 2. Lichtbildervortrag über die Olympiade, 3. Garmisch-Partenkirchen und 4. Die Bayerischen Alpen im Winter. Wir brauchen zur politischen Erhellung dieses Programms wohl kein Wort zu verlieren; es ist sonnenklar. Unseres Erachtens kann ein pädagogischer Verein sich in solchem Maß auch nicht auf erzieherische Aufgaben in der Kulturarbeit ausdehnen, da solchen Vorwand sich höchstens ein Turnverein leisten könnte. Womit also hergestellt ist, daß der Deutsche Pädagogische Verein in Prag seine Visitenkarte bei Hitler abzugeben sich bemüht zeigt und daß ihm zu diesem Zwecke sich die „Urania“ zur Verfügung stellt. Wir werden uns das merken.

## Gleichschaltung der Neudeker Wolkämmerei mißlungen

Karlsbad. (Eigenbericht.) Im Betrieb der Neudeker Wolkämmerei und Kammgarnspinnerei fanden Dienstag Betriebsauswahlgewahlen statt, welche für die ZKB eine Kraftprobe abgeben sollten. Mit allen Mitteln versuchte sie in diesem Betriebe einen „weiten 19. Mai“ herbeizuführen. Einige Mitglieder des Stabes Konrad Henlein, Abgeordnete und Funktionäre der Deutschen Arbeiter-Gewerkschaft bemühten sich, die Arbeiterschaft zu gewinnen. Unterstützt wurden sie dabei von dem Beamtenapparat des Werkes. Geldspenden und Lebensmittelpakete auf der einen, Drohungen auf der anderen Seite vervollständigten die Agitation. Einstellung von Henlein-Anhängern in den letzten Monaten sollte der „Eroberung des Betriebes“ dienen. Die Wahlbeteiligung war stärker als im Vorjahr. Es erzielten die

- Union der Textilarbeiter 1507 Stimmen und 8 Mandate. (1934: 1671 Stimmen — 9 Mandate.)
- Kommunisten 724 Stimmen und 3 Mandate. (1934: 677 Stimmen — 3 Mandate.)
- Deutsche Arbeiter-Gewerkschaft 973 Stimmen und 5 Mandate. (1934: 523 Stimmen — 3 Mandate.)

Der Angriff der Henlein-Leute ist abgeschlagen, die ZKB hat ihre große Enttäuschung unter den Neudeker Arbeitern erlebt. Die freie Gewerkschaft hat trotz dem Trommelfeuer, welchem sie ausgesetzt war, ihre führende Position gehalten und den Beweis erbracht, daß sie das Vertrauen der Arbeiterschaft besitzt.

# „Ein Stoß ins Herz der europäischen Sicherheit“

## Außenpolitische Entschlebung der Parteikonferenz

Die am 22. März stattgefundene Parteikonferenz in Prag hat zu den außenpolitischen Fragen die nachstehende Entschlebung gefaßt:

Der deutsche Nationalsozialismus hat einen neuen Anschlag auf den europäischen Frieden verübt.

Getrieben von den wachsenden finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten des diktatorischen Regimes hat er den Vertrag von Locarno, der seit 1925 einer der tragenden Pfeiler der Friedenssicherung ist, zerrissen, seine Truppen ins demilitarisierte Rheinland einmarschieren lassen und so um seines innerpolitischen Prestiges willen die ganze Welt in Unruhe und Kriegsfurcht versetzt.

Keine der sozialen Verheißungen des Regimes ist erfüllt worden, die Finanzierungslinien Schachts gehen ihrem Ende zu, die offene Inflation droht und die Devisenknappheit äußert sich in steigendem Lebensmittelmangel. Die Diktatur kann es nicht mehr wagen, die Scheinwahlen der Vertrauensräte durchzuführen, weil sie selbst unter dem Druck eines unerhörten Terrors und unter der Wucht des Trommelfeuers der monopolisierten Propaganda zu einer Bloßlegung des Regimes führen würde: Hitler sucht eine außenpolitische Plattform, um dem betrogenen Volke noch einmal die Zustimmung zu seiner Diktatur abzulisten, indem er ihm die Befreiung von den Fesseln des Versailles Vertrages vortäuscht.

In Wirklichkeit hat der Nationalsozialismus das deutsche Volk nicht befreit, sondern in tiefes Unglück und schwerste Gefahr geführt.

Der Nationalsozialismus ist nicht das deutsche Volk; er hat das deutsche Volk vielmehr innerpolitisch versklavt, jede Meinungsfreiheit unterdrückt, die Geschichte des deutschen Volkes mit Handlungen von unerhörter Grausamkeit geschändet und das kulturelle Leben des deutschen Volkes zerstört. Aber er hat auch außenpolitisch keine wirklichen Erfolge errungen.

Die internationale Gleichberechtigung und die Wiedereingliederung in die europäische Völkerfamilie hat in Wechheit der eben zerrissenen Rheinpakt dem deutschen Volke gebracht, er hat es in den Völkerbund geführt, wo ihm gleich den übrigen Großmächten ein ständiger Ratssitz eingeräumt wurde. Hitler hat Deutschland aus dem Völkerbund wieder hinausgeführt und in eine

außenpolitische Isolierung gedrängt. Hitler hat dem deutschen Volke die „Wehrhoheit“ zurückgewonnen, aber um den Preis, daß alle Hoffnungen der Völker auf Abrüstung auf lange hinaus verjährt sind und daß einem fieberhaft unterstützten Deutschland die Aufrüstung einer ganzen, dem deutschen Reich mißtrauenden Welt gegenübersteht. Hitler hat unter Bruch der Verträge das Rheinland militärisch besetzt, deutsche Truppen stehen wieder am Rhein, aber um den Preis, daß sich

der Ring des Mißtrauens um Deutschland enger schließt, um den Preis, daß die Friedenspakte, zu denen Deutschland der Zutritt offenstand, eine gegen Deutschland gerichtete Spitze erhalten, nicht aus dem Willen der vertragsschließenden Mächte, sondern durch die Schuld Hitlers, um den Preis, daß die Sicherheit der ganzen Welt und damit auch Deutschlands Sicherheit aufs schwerste erschüttert ist.

So hat der Nationalsozialismus das deutsche Volk außenpolitisch wie innenpolitisch in Wahrheit aufs schwerste geschädigt. Vergebens versucht die Diktatur des Hakenkreuzes ihre Taten zu beschönigen und die Sympathien der Kulturvölker zu gewinnen, indem sie sich als den Retter der europäischen Zivilisation vor dem „asiatischen“ Volkseigenen aufspielt. Immer neue Bündnisse der an der Erhaltung des Friedens interessierten Staaten mit der Sowjetunion geben darauf Antwort.

Die „Tat“ Adolf Hitlers am 7. März war, wie alle seine Taten vorher, kein Schritt zur Befreiung des deutschen Volkes, sondern ein Stoß ins Herz der europäischen Sicherheit, des Friedens der Welt. Wie immer die Entscheidung in diplomatischen Ringen ausfallen mag, sicher ist, daß Hitler die internationalen Spannungen verschärft, dem Weltfrieden einen neuen Auftrieb gegeben und so die drohende Kriegsgefahr verhängnisvoll gesteigert hat.

Wir klagen den Faschismus an, daß er das eigene Volk ins Verderben führt und die ganze Welt in dieses Verderben mitzureißen droht. Nur indem sich das deutsche Volk von der nationalsozialistischen Diktatur befreit, nur indem alle friedenswilligen Staaten sich zusammenschließen, kann diesem Unheil Einhalt geboten und der offene Ausdruck von Konflikten verhindert werden. Zudem wie dies feststellen und damit zugleich

# „Hilfe über Rumänien und die Tschechoslowakei“

Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion Molotow hat dem Berichterstatter des französischen Blattes „Tempo“ eine Aussprache gewährt, in welcher Molotow vor allem außenpolitische Probleme behandelte, aber auch auf die Frage der Demokratisierung der Sowjetunion zu sprechen kam.

Ueber die Befreiung des Rheinlands durch deutsches Militär sagte Molotow:

Die Remilitarisierung des Rheingebietes hat unzweifelhaft die Bedrohung der Länder, die sich östlich von Deutschland befinden, darunter auch der Sowjetunion, erhöht. Dies zu übersehen wäre falsch. Nichtsdestoweniger bedeutet der Einzug deutscher Truppen in das an Frankreich und Belgien grenzende Rheingebiet und die Schaffung von

Befestigungen längs der französischen und belgischen Grenze, womit die belannten internationalen Verträge verletzt werden, vor allem eine Bedrohung für die westlichen Nachbarländer, Frankreich und Belgien.

Der Vertreter der französischen Zeitung fragte dann, welche Hilfe die Sowjetunion Frankreich praktisch erweisen könnte, falls Deutschland im Westen einen Angriff unternähme und Polen neutral bliebe. Die Antwort Molotows war:

Die Frage ist von einem strategischem Charakter. Offenbar würde die Hilfe seitens der Sowjetunion eine Hilfe über Rumänien und die Tschechoslowakei bedeuten. Eine Neutralität Polens würde aber in bedeutendem Maße die Handlungen der Sowjetunion erschweren.

# Konstituierung des Römischen Blocks Vertrag nach dem Muster der Kleinen Entente und des Balkan-Bundes

Paris. Die eben in Rom unterzeichneten italienisch-ungarisch-österreichischen Zusatzabkommen enthalten, wie die Pariser Blätter melden, auch mehrere Geheimnisse. Man ist der Meinung, daß diese Klauseln am ehesten Einzelheiten sowie die politische Orientierung und die wirtschaftliche Organisation der Staaten des römischen Blocks betreffen. Diese Staaten haben sich nunmehr nach dem Muster der Kleinen Entente organisiert.

## Die Zusatzprotokolle

Im ersten Protokoll wird zunächst das Abkommen vom Jahre 1934 bestätigt. Es heißt dann weiter, daß es im Interesse aller drei Länder gelegen ist, daß ihre Aktionen auf allen Gebieten stets miteinander in Übereinstimmung gebracht werden, wann immer dies die spätere Entwicklung der europäischen Situation erfordern wird; sie beschließen daher, eine einheitliche Gruppe zu bilden und zu diesem Zweck ein permanentes Organ für die gegenseitige Konsultierung zu errichten.

Im zweiten Protokoll heißt es: Alle drei Regierungen erklären in Anerkennung an die Beschlüsse, von welchen das

erste Zusatzprotokoll spricht, neuerlich ihre Entschlossenheit, in keine wichtigen, die politischen Verhältnisse über die Donaufrage mit der Regierung eines anderen Staates einzutreten, ohne vorher mit den beiden übrigen Regierungen in Fühlung getreten zu sein.

Obwohl alle drei Regierungen sich über die Möglichkeit der Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen mit den übrigen Donauländern vollkommen einig sind, erkennen sie dennoch an, daß eine solche Vertiefung vorläufig nicht anders als durch bilaterale Verträge verwirklicht werden kann.

Das dritte Protokoll bestimmt eine Ordnung für die regelmäßigen Beratungen.

unsere volle Übereinstimmung mit der Außenpolitik unseres Staates ausdrücken, rufen wir die Arbeiter auf, den Kampf gegen den Faschismus mit gesteigelter Kraft fortzusetzen und sich zur Erhaltung und zum Ausbau der Demokratie zusammenzuschließen.

Ganz im Sinne des Manifestes der Sozialistischen Arbeiterinternationale rufen wir darum die Arbeiter zur Sammlung in der sozialdemokratischen Partei, zum Kampf um ihre sozialen Rechte und um die Erhaltung der Demokratie im eigenen Lande auf, weil sie nur durch die Erhaltung und Sicherung der Demokratie und damit der Friedenspolitik des eigenen Landes dem Frieden und dem sozialen Fortschritt in der Welt zu dienen vermögen.

Nieder mit der faschistischen Reaktion, nieder mit dem faschistischen Imperialismus! Es lebe der Friede, die Demokratie und der Sozialismus!

Der Radio-Vortrag des Genossen Jaska beginnt nicht, wie irrtümlich angegeben war, Donnerstag um 19.50 Uhr, sondern bereits um 19.45 Uhr.

Rudolf Procházka gestorben. Der bekannt- Musikschaffner und Komponist Rudolf Fr. Procházka ist Montag früh in Prag gestorben. Er war 1864 in Prag geboren, absolvierte die juristische Fakultät, studierte Musik bei Boerter, F. B. und Grünberger und war lange Jahre hindurch Landesmusikreferent von Böhmen. Auf seine Initiative ist die Gründung der Prager Deutschen Musik-Akademie zurückzuführen. Im Jahre 1890 wurde er mit dem tschechoslowakischen Staatspreis ausgezeichnet. Von seinen Werken sind erwähnenswert: Mozart in Prag (1892), eine Biographie von Robert Franz, eine Biographie von Johann Strauß, das Oratorium „Christus“, das beim vorjährigen Karlsbader-Kongress aufgeführt wurde und im Jahre 1901 entstand; gemeinsam mit Kothe schrieb er 1909 die „Populäre Musikgeschichte“, „Das romantische Prag“, die Oper „Das Glück“, welche 1898 in Wien uraufgeführt und unter Angelo Neumann im Prager Deutschen Theater mit großem Erfolg gespielt wurde, ferner viele Lieder und Kammermusikstücke.

Die nachgemachte „Pflingtorgel“. Im Egerer Stadttheater ist am 18. ds. erstmals das Stück „Die Pflingtorgel“, eine bayrische Komödie von Pippel, Musik von List, aufgeführt worden. Der Aufführung vorausgegangen ist eine Erklärung des Böhmerwaldschristen Dr. Rudolf Aubitsch, daß der Verfasser die „Pflingtorgel“ der Erzählung „Die Wärensocher Orgel“ aus Aubitschs Buch „Die Waldler“ entnommen habe, ohne die Quelle zu nennen, weshalb der Autor gegen die Aufführung des Stückes ohne Nennung seines Namens Protest erhoben hat. In der Angelegenheit hat der Schriftstellerverband Verhandlungen mit dem Prager Vertreter des bairischen Schriftstellers Pippel geführt, und es ist schließlich auch erreicht worden, daß die Aufführung der Aufführung im Egerer Theater den Vermerk enthält: „Nach einer Erzählung von Dr. Aubitsch“. Für das Egerer Theater selbst hat sich der Streit um die Autorschaft der „Pflingtorgel“ recht günstig ausgewirkt, denn die erste Aufführung der Komödie wies einen ungewöhnlich guten Besuch auf, so daß sie sich bis zum Ende der jetzigen Spielzeit auf dem Spielplan erhalten dürfte.

Die faschistische Lehrmethode in der ersten Mädchenbürgerschule in Tepliz-Schönan gelangte in der Sitzung des böhmischen Landesschulrates am Dienstag, den 24. März, zur Sprache. Gen. Dr. Strauß stellte unter Hinweis auf die Veröffentlichungen in der sozialdemokratischen Parteipresse an den Vizepräsidenten des Landesschulrats das Erziehen, den Tatbestand festzustellen. Der Vizepräsident Dr. Dvořák erklärte, der Landesschulrat werde die Angelegenheit genau prüfen und er werde in der nächsten Sitzung die Anfrage des Genossen Dr. Strauß beantworten.

Ein entsetzlicher Plan. In Kolofur, Bezirk Bräu, lebte die 24jährige verheiratete Tagelöhnerin Anna Bitterling mit ihrem Kind; ein zweites Kind erwartet sie. Ihr Gatte hat sie verlassen und erklärte, nicht früher zurückzukehren, bis ihre Mutter Rosa Jungnickel, die mit ihrer Tochter in Bodpersch lebt, und drei Häuser besitzt, seiner Gattin ein Haus übergeben habe. Die Bitterling befürchtete, ihren Mann für immer zu verlieren und gelangte zu einem fürchterlichen Plane. Sie forderte einen Bekannten, den Arbeitslosen Karl Hansal auf, gegen eine Belohnung von etwa 4000 Kč ihre Mutter und Schwester zu ermorden, worauf die Bitterling den ganzen Besitz zu erhalten hoffte. Hansal enthielt jedoch den Mordplan einem Landwirt in Kolofur, der die Gendarmen verständigte. Die Bitterling wurde verhaftet. Sie ist geständig, den Hansal zu dem Doppelmord gedungen zu haben. Sie wurde dem Prüfer Arcegericht eingeliefert.

141 Advokaten klagen die Wolf-Presse. Vor einigen Wochen brachte die Saazer Wolf-Presse mit ihren zehn Nebenausgaben einen mit „Dr. Troppaner“ gezeichneten Artikel, der heftige und beleidigende Angriffe gegen den Advokatenstand enthielt. Die Advokatenkammer in Prag hat nun an die Advokaten in jenen Städten, in denen die Wolf-Blätter verbreitet sind, den Auftrag erteilt, Klagen gegen die Wolf-Presse einzubringen. Es haben nun wegen des obberechneten Artikels „Das vom Advokaten“ 141 Advokaten in Deutschböhmen den Wolf-Berlag geklagt.

### Neue Postmarken zugunsten der notleidenden Kinder

Eine dankenswerte Aktion der „Demokratie für das Kind“, der Postverwaltung und des Fürsorgeministeriums

In einigen Tagen — am 1. April — werden von der Postverwaltung neue Marken im Nennwert von 50 Heller, einer und zwei Kronen ausgegeben werden, mit deren Verkauf eine Wohltätigkeitsaktion für die notleidenden Kinder in der Form verbunden, daß jeder, der eine solche Marke kauft, außer dem Nennwert noch 50 Heller zahlen wird (insgesamt also K 1.—, 1.50, 2.50).

Da vier Millionen Stück ausgegeben werden, kann mit einem Reinertrag von zwei Millionen K 2 gerechnet werden.

Die Marken werden nur in den Monaten April, Mai und Juni erhältlich sein, doch ist eine Wiederholung der Aktion in Aussicht genommen.

In einer informativen Sitzung erläuterte Dienstag Vizepräsident Tuleň der Tagespresse die Grundgedanken der Aktion, welche von der „Demokratie für das Kind“ angeregt und von der Postverwaltung im Einvernehmen mit dem Fürsorgeministerium in die Tat umgesetzt wurde. Der Minister hob hervor, daß die Post seit zehn Jahren keine Marken zu nichtpostalischen Zwecken ausgegeben hat, jetzt aber mit Rücksicht auf die besondere Wichtigkeit der Hilfe für die Kinder von ihren Grundfähigkeiten abgewichen ist. Sektionsrat Dr. Javlek vom Fürsorgeministerium führte in seiner Begründung der Maßnahme auf die Schilderung, welche Genosse Dr. Czach im Gesundheitsauschuß des Abgeordnetenhauses von der Not der Kinder, ihrer Gefährdung durch Krankheiten und Hunger und von der Kinderlosigkeit gesprochen hat. Prägnant fasste die Möglichkeiten der Aktion ihr Initiator, der Schriftsteller Dr. Karel Capek, zusammen:

Wer eine solche Marke kauft, zahlt eine Mittagessuppe für ein Kind. Für 100 verkaufte Marken kann ein Kinderleidchen angeschafft werden.

Das erste Land, welches Postwertzeichen zur Förderung von Fürsorgeinstitutionen herausgab, war, wie Obersekretär Dr. Kojemil ausführte, Dänemark; ihm folgten nach und nach alle europäischen Staaten. Das unmittelbare Vorbild für die Tschechoslowakei ist die Schweiz, welche die Aktion seit 1912 unter dem Motto „Pro juventute“ („Für die Jugend“) durchführt. In den ersten Jahren nach dem Umsturz erschienen zwar auch bei uns Markenreihen für verschiedene gemeinnützige Zwecke, doch kam man von dieser Neuerung ab. Erst für die Kinderfürsorge wird eine Ausnahme gemacht. Es ist hervorzuheben, daß die Organisationen der Postler, deren sozialer Fonds bei früheren ähnlichen Anlässen stets einen Anteil an dem Ertrags des Verkaufs erhielt, diesmal auf einen Anteil verzichtet haben.

Für die neuen Marken wurde das Röhrenbild „Männer“ aus dem Julius der Uhr auf dem Altstädter Rathaus gewählt, die Ausführung des Bildes wurde Boh. Heinz übertragen. Die Marken werden von der Graphischen Union durch Rotationsdruck hergestellt.

Die nationale und politische Zusammenfassung der deutschen Gemeindevertretungen. Wie wir dem „Deutschen Nachrichtendienst“ entnehmen, hat der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper in 2135 Mitgliedsgemeinden Erhebungen über die politische und nationale Zusammenfassung der sudetendeutschen Gemeindevertretungen veranstaltet. Danach hatten die befragten Gemeinden insgesamt 30.422 Vertreter, von denen 28.644 deutscher, 1748 tschechischer und 30 jüdischer Nationalität waren. Politisch gehörten die meisten Gemeindevertreter, 8300, dem Bund der Landwirte an, 7510 der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, 3157 der Sudetendeutschen Partei, 3051 der Deutschen Christlich-sozialen Volkspartei, 2555 deutschen Wählergruppen, 1703 den Kommunisten, 1333 der Deutschen Gewerkschaften, 761 waren parteilos. Von den tschechischen Parteien ist in den deutschen Gemeindevertretungen am stärksten die tschechische sozialdemokratische Partei mit 420 und die tschechische Nationalsozialistische Partei mit 293 Mitgliedern vertreten. Die Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft ist durch 212 Gemeindevertreter vertreten.

Der Senat erledigte am Dienstag in einer halbständigen Sitzung ein Zusatzprotokoll zum Handelsvertrag mit Polen über die Verlängerung gewisser Zollbestimmungen, sowie zwei Ammunktionen. Bis zur nächsten Sitzung, am Donnerstag 12 Uhr mittags, werden die Ausschüsse u. a. die Kaufförderung, den Mieterschutz und die Novelle zum Kriegsverdächtigengesetz vorbereiten.

Der Präsident der Republik empfing am 24. März 1936 eine Deputation der Tschechoslowakischen Nationalbank unter Führung ihres Gouverneurs Dr. Engliš. Ferner empfing der Präsident Vertreter der tschechischen Technischen Hochschule in Brno und Vertreter der deutschen Technischen Hochschule in Berlin, sodann Minister Dr. Trautle und schließlich den Schriftsteller Dr. Karel Capek.

### Erster telegraphischer Bilder-Empfang in der CSR vollzog sich am Montag in Prag

Der Erfinder der Phototelegraphie, Professor Edouard Belin aus Paris, hielt am Montag in der Zentralbibliothek der Hauptstadt Prag vor einer sehr zahlreichen Zuhörerschaft einen Vortrag. Er schilderte anschaulich die Entwicklung der Photo-Telegraphie, deren Anfänge in das Jahr 1907 zurückzuführen. Durch eine Reihe gelungener Aufnahmen und technischer Bilder erging er den Vortrag, der nicht nur für den Fachmann, sondern auch für den Laien höchst interessant war. Die Photo-Telegraphie ist schon heute so weit entwickelt, daß sich durch einen Übertragungsapparat, der 20 Kilogramm wiegt, von einer beliebigen Stelle, wo sich das Telefon befindet, Bilder übertragen lassen. Die meisten Städte in Europa sind bereits mit einem Sendegerät ausgestattet, in London und in Paris sind besonders die Tagespresse eigene Sendegeräte und Empfangsapparate. Neben den meisten europäischen verfügen auch die außereuropäischen Staaten über Sendegeräte und Empfangsapparate des Systems Belin oder des Systems Siemens-Halske. Prag hatte bisher weder die Möglichkeit zum Senden noch zum Empfang von Bildern.

Nach dem Vortrag gab Ministerialrat Aučera einen Überblick über den Tarif für die Übertragung aus Prag. So kostet ein Quadrat-

zentimeter für die Übertragung nach Berlin 85 Heller, das Minimum beträgt 100 Quadratzentimeter, demnach 85 K 2, das größte Bild, das übertragen werden kann, darf 18x18 Zentimeter groß sein. Bilder von 100 Quadratzentimeter kosten ferner: Von Prag nach Wien 85 K 2, nach Stockholm 200 K 2, nach London 250 K 2, nach Paris und Brüssel 140 K 2, nach Argentinien 880 K 2, nach den Vereinigten Staaten (hier beträgt das Minimum 150 Quadratzentimeter) 2200 K 2. Außer Bildern können allerdings z. B. auch Briefe u. s. w. gesendet werden.

Hierauf wurde zum Empfang von Bildern geschritten. Es waren die ersten Photographien, welche auf telegraphischem Wege in unserem Staate empfangen wurden. Das erste war ein Bild aus Paris, eine Aufnahme des Gesandten Duffin, das zweite ein Bild von dem Begräbnis Benisek in Paris. Von Berlin wurde, ebenfalls versuchsweise, ein Bild von den Fezderennen, und schließlich von Antwerpen geschickter Schiffe gesendet. Die Bilder waren durchwegs 18x18 Zentimeter groß. Die Übertragung eines Bildes dauerte nicht ganz 12 Minuten. Alle Bilder waren sehr deutlich und lönnen selbst vom Fachmann nicht vom Original unterschieden werden.

### Tagesneuigkeiten

#### Arbeit für die sudetendeutsche Zukunft

Die Deutsche Landeskommission für Kinderfürsorge und Jugendfürsorge gab bei einer Pressebesprechung der sudetendeutschen Öffentlichkeit Aufklärung über die Art und den Umfang ihrer Arbeit, über die vielfach noch nicht genügend Klarheit herrscht. Zunächst handelt es sich darum, die irdige Auffassung zu berichtigen, daß die Landeskommission eine Behörde ist: sie ist eine autonome, überparteiliche und überparteiliche, private Organisation, die sich den gesunden, bescheidenen und moralischen Sitten der sudetendeutschen Jugend zur Aufgabe gestellt hat und vom Staate, der die Bedeutung ihrer Arbeit anerkennt, ebenso wie von den Gemeinden Zuschüsse erhält — im wesentlichen aber auf die Beiträge ihrer Mitglieder angewiesen ist. In seiner Eröffnungsansprache wies Genosse Anton Schafar (Reichenberg) darauf hin, daß infolge der verschlechterten Finanzlage, insbesondere der Gemeinden, die öffentlichen Zuschüsse seit Jahren immer geringer geworden sind und daß deshalb die Deutsche Landeskommission stärker noch als bisher auf die Unterstützung der Öffentlichkeit angewiesen ist. Die Arbeit der Landeskommission erstreckt sich auf alle Gebiete der Kinder- und Jugendfürsorge. Sie unterhält, wie Professor Ray Kühn (Reichenberg) berichtete, sieben Erziehungsheimen, in denen elternlose oder verwaandelte Kinder erzogen und beruflich ausgebildet werden; das Kleinkinderland in Reichenberg, die beiden Hugo Heller-Erziehungsheime in Hohenelbe, das Mädchenziehungsheim in Liboch a. d. Elbe, ein Heim mit eigener Schule bei Ruffig, eins in Ofel und das Theresienjugendheim in Schönlinde. Zusammen mit den in fremden Anstalten, in der Landwirtschaft, in der Aripfelfürsorge, in Pflegefamilien und durch Adoption untergebrachten Kindern wurden im vergangenen Jahre 3355 Kinder mit einem Kostenaufwand von 1.154.559 K 2 betrent.

Wie Direktor Eduard Rohm (Reichenberg) betonte, hat die Schule den Wert und die Bedeutung der Deutschen Landeskommission seit langem erkannt und sucht ihre Arbeit durch Sammlungen nach Kräften zu fördern. Wie groß die erforderlichen Mittel sind, ging aus einem Lichtbildervortrag von Dr. Robert Goltschek hervor, der erwähnte, daß die Deutsche Jugendfürsorge im vergangenen Jahre in mehr als 300.000 Fällen mit 22 Millionen K 2 geholfen hat. Eine Summe, die nicht erstaunlich ist, wenn man die Arbeitsgebiete erfährt, auf die sie sich erstreckt: Gesundheitsfürsorge (insbesondere Mütterberatung), Erziehungsfürsorge, Rechtsfürsorge (durch Nebennahme der Berufsvermittlung und der Jugendgerichtshilfe), Berufsfürsorge (insbesondere Berufsberatung), Ernährung- und Bekleidungsfürsorge (besonders für die Familien der Arbeitslosen) und die Schaffung von Heimstätten und Arbeitsgemeinschaften für jugendliche Arbeitslose, die im Antrage des Ministeriums für soziale Fürsorge gerade jetzt erichtet werden.

Es handelt sich, wie der Vortragende betonte, hier nicht um beschauliche Wohltätigkeit, sondern um die Zukunft des sudetendeutschen Volkes, dessen Lebensquell keine gesunde, heute aber durch die wirtschaftlichen und moralischen Folgen der Krise bedrohte Jugend ist. Die Mitgliedschaft bei der Deutschen Landeskommission für Kinderfürsorge und Jugendfürsorge ist schon für 10 K 2 jährlich zu erwerben; da bisher erst 3% der sudetendeutschen Bevölkerung Mitglied der Landeskommission ist, besteht Grund genug, die Werbung für diese Organisation zu verschärfen und zu unterstützen.

Radiovortrag Dr. Czach entfällt. Das Tschechoslowakische Rote Kreuz meldet: Der Vortrag, den Minister Dr. Czach heute, Mittwoch, abends im Friedensklub des Roten Kreuzes „Gesunde Leute den Kranken“ halten sollte, wird auf den Monat April verschoben.

Genossenschaften und unläuterer Wettbewerb. Eine bürgerliche Presseagentur bereitet vor kurzem die Meldung, daß auf Grund einer obergerichtlichen Entscheidung ein allfälliger Verlauf in Genossenschaften an Nichtmitglieder als unlauterer Wettbewerb geahndet wird. Diese Meldung wurde auch vom „Prager Tagblatt“ und von der „Zeit“ übernommen, wobei der nichtinformierte Leser den Eindruck erhielt, daß er sich um eine erst jüngst ergangene Entscheidung handle. Dem Verband deutscher Wirtschaftsgenossenschaften wird uns dazu mitgeteilt, daß die obergerichtliche Entscheidung bereits vor mehr als zwei Jahren erfolgt ist und heute kein geltendes Recht mehr darstellt, da durch die Regierungsverordnung Nr. 116 vom 19. Mai 1935 ausdrücklich festgesetzt wird, daß ein allfälliger Verlauf an Nichtmitgliedern mit den guten Sitten des Wettbewerbes nicht im Widerspruch steht.

Leitergerichte bei Anbringung neuer Fassaden unzulässig. Wegen den Standpunkt der Landesbehörde, daß Fassadenarbeiten an bestehenden Gebäuden zu den leichten Arbeiten gehören, sind die in Frage kommenden Gewerkschaften beim Fürsorgeministerium vorstellig geworden. Auf Grund dessen hat das Ministerium nunmehr den Standpunkt eingenommen, daß diese Fassadenarbeiten nicht zu den leichten Arbeiten gehören und daher dürfen bei deren Ausführung keine Leitergerichte verwendet werden. Stattdessen ist nur die Benutzung breiter, dicker Fußböden.

Das Programm der Postverwaltung für das heurige Jahr ist sehr reichhaltig. Es werden am 1. Mai Gelegenheitsmarken zum 100. Todestag des Dichters K. V. Máchá ausgegeben werden, ferner wird Mitte Mai die Ausgabe von Porträtmarken mit neuen Sujets und mit dem Porträt des Präsidenten Dr. Beneš sowie mit dem Bilde Komenský erfolgen. Weiter wird die Postverwaltung neue Freimarken mit neuen Landschaftsmotiven ausgeben. Daneben werden noch heuer neue Freimarken mit neuen Sujets, welche die Marken mit

### Aus der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung

#### Beginn der Fußball-Meisterschaft im 5. Atus-Kreis

Mit 29. März beginnt die Meisterschaft des 5. Kreises, deren Spielzeitung schon bestanden gegeben wurde. Es ist deshalb jeder Funktionär und Sportler verpflichtet, die Verhandlungen genau zu verfolgen. Die Spielrichter haben am Platze pünktlich zu erscheinen und die Berichtbogen am selben Tage der zuständigen Gruppenleitung zu übermitteln, nur dann ist eine erfolgreiche Berichtserstattung möglich. Die Solidaritätsspende-Aktion ist von den Bezirksspielreitungen genauest zu organisieren und monatlich der Kreisleitung abzurechnen. Unsere Parole muß sein: „Alle arbeitslosen Fußballer zum Bundesfest nach Komotau!“ Da auch neue Adressenverzeichnisse angelegt werden, werden alle Bezirksspielreiter ersucht, das gesamte Adressenmaterial der Vereine und Hauptfunktionäre der Kreisleitung einzusenden. Es wollen jedoch nur verlässliche Schriftstempelbekanntgeben werden. Die Serien-Unterstützungen werden im Laufe der nächsten Woche den Bezirken zugeföhrt. Die Karte für die Fußballeränderungen zum Bundesfest in Komotau, welche der Bund durchführt, sind von allen Sportlern zu befühen.

#### Meisterschaftsspiele am 29. März im 5. Mittelkreis

Gruppe IV: Profetis gegen Ribánek, Kleinanget gegen Ladomít, Weiskrášný gegen Ránek, Tur gegen Gámp. Spielfrei: Jáchmaul. Gruppe V: Eišwald gegen Tráhan, Reuhof gegen Kramít, Tobrušan gegen Štírkáň. Spielfrei: Bobotít.

Ergebnisse der Spiele im 5. Mittelkreis. Am 29. März nach Vereinbarung der Gruppenleitung, sonst 3 Uhr nachmittags. Zuständiger müssen vor allen dem Kreisführerberichtsbekanntgeben. Genossen Fermann, und der Kreisleitung bekanntzugeben werden.

#### Die Kreisleitung

dem mittleren Staatswappen ersetzt werden sowie neue Zeitungsmarken ausgegeben werden. Dieses umfangreiche Programm beginnt die Postverwaltung mit den neuen Wohltätigkeitsmarken, die bereits am 1. April zum Verkauf gelangen werden.

Die Wetterverschlechterung ist aus den Alpenländern in Begleitung einer vorübergehenden Leichten Abkühlung über unsere Gegenden vorgedrungen. Eine kleine Trübsung, welche diese Verschlechterung veranlaßt hat, zerfällt bereits. Bei überwiegend südlicher bis südwestlicher Luftbewegung dürfte es zunächst noch im allgemeinen relativ warm bleiben. Von der Mitte beginnt jedoch langsam gegen Deutschland kühlere Luft anzuföhren. In der Nähe einer Warmgrenze wird die weitere Entwicklung des Wetters später unklar werden. — Wahrscheinliches Wetter heute: Wechselnd bewölkt, vorwiegend niederschlagsfrei, Temperatur wenig verändert.

### Vom Rundfunk

#### Empfehlenswertes aus den Programmen

Donnerstag: Prag, Sender V: 10.05: Deutsche Presse, 11.05: Salonkonzert, 12.10: Operngesänge, 17.15: Lieber, 17.45: Deutsche Sendung: Für die Jugend, 18.45: Deutsche Presse, 19.10: Englisch für Anfänger, 20.05: Konzert des tschechoslowakischen Rundfunks, 22.15: Salonorchesterkonzert. — Sender S: 14.15: Deutsche Sendung: Dr. Sturm: Heute mußt Du bauen. — Vorlesung aus Büchern, 19.10: Volkstümliches Konzert. — Bránn 17.40: Deutsche Arbeiter-Sendung: Frey Perle: Zur Erinnerung an Wilhelm Liebknecht, 19.25: Chorkonzert. — Káslan 15: Rundfunkorchesterkonzert, 17.35: ungarische Viedler. — Wáhrsch: Chron 18.10: Nachmittagskonzert, 19.10: Deutsche Sendung: Erwin Ort: Aus eigenen Werken. — Schallplatten.



Fischmarkt unter Wolkenkratern. Ein malerisches Bild vom Fulton-Fischmarkt in New York, der nach dem Billingsgater Fischmarkt in London als der größte Fischmarkt der Welt gilt. Im Hintergrund die ragenden Wolkenkratzer von Manhattan.

**Unvorsichtige Automobilfahrer** verurteilten am vergangenen Sonntag auf der Staatsstraße im Gebiet von Zichin zwei ernste Unfälle. Von einem Prager Auto, dessen Lenkerin Leinen Führerin hatte, wurde die 15jährige Ludmila Popidlová aus Seleznice, die auf dem Fahrrad von einem Ausflug zurückkehrte, überfahren. Sie erlitt einen Bruch des rechten Fußes. Ein unbekanntes Auto riss den Soldaten der Erhaltungspolizei des Inf.-Reg. 22 Franz Kadánel zu Boden; er erlitt einen Beinbruch. Der Wagenführer löschte sofort die Lichter aus und verlagerte sich nicht um den Verkehr. — Auf der Staatsstraße von Zichin nach Sobotka gibt es einige gefährliche Stellen, weshalb die Automobilisten größte Vorsicht walten lassen müssen.

**Evidenz der Fahrräder in den Händen eines Betrügers.** Die Rádkober Gendarmerie machte dieser Tage den 27jährigen Josef Bergmann aus Teplic-Schöna wegen unerlaubter Durchführung der Evidenz von Fahrrädern und des Verlaufs von Erkennungsmarken heilig. Bergmann gab sich als Redakteur der Zeitschrift „Mlýnski listák“ in Königgrätz aus und suchte die Besitzer von Fahrrädern auf, denen er laut einem gefälschten Auftrag des Innenministeriums Erkennungsmarken zuteilte. Für die angebliche Amtshandlung und die Tafel von Bergmann 4 bis 7 Kč ein. Er begann seine Tätigkeit bereits im August v. J. in Königgrätz und setzte sie in Eidel fort, wo er überall gute Geschäfte machte. Die eingehobenen Beträge sandte er an ein Geldinstitut in Königgrätz. Bei seiner Verhaftung wurden 98 für Rádkob vorbereitete Tafeln bei ihm gefunden. Bergmann war auch mit einer scharfgeladenen Pistole versehen, ohne im Besitz eines Waffnpasses zu sein. Der Betrüger befindet sich jetzt in der Haft des Bezirksgerichts in Rádkob.

**Gnadengesuch für Hauptmann.** Gouverneur Hoffman hat dem Generalanwalt Wilensky in einer Besprechung vorgeschlagen, daß sie beide das Revolververgnügungsgericht ersuchen wollen, das Todesurteil gegen Hauptmann in lebenslängliche Gefängnisstrafe umzubandeln.

**Frauenhafte Ueberschwemmungsfolgen.** Nach der letzten Berechnung beträgt der durch die Ueberschwemmungen in 13 nordamerikanischen Bundesstaaten angerichtete Gesamtschaden 507 Millionen Dollar. 42.000 Menschen sind obdachlos geworden. Etwa eine halbe Million Arbeiter ist mit dem Wiederaufbau der heimgekehrten Gebiete beschäftigt. Insgesamt sind 171 Menschen bei den Ueberschwemmungen umgekommen. — Das Hochwasser des Ohio-Flusses hat am Montag weite Gebiete von Kentucky in der Nähe von Louisville überflutet. Ein Wirbelsturm hat verschiedene Ortschaften Süd-Missouri heimgesucht und zahlreiche Häuser zum Einsturz gebracht. Zwei Personen wurden getötet, sechs schwer verletzt. Der Sachschaden ist sehr groß. In Mittel-Oklahoma richtete ein Sandsturm großen Schaden an. In verschiedenen Ortschaften mußten die Schulen geschlossen werden.

**Sowjetflüge zum Franz-Josephs-Land.** In den nächsten Tagen gehen in Moskau die beiden sowjetischen Piloten Wodopjanow und Kacholin auf zwei eigens für Kettflüge eingerichteten Flugzeugen zu einem Flug nach dem Franz-Josephs-Land an den Start. Sie fliegen über Kowaja Semlja. Es ist dies der erste Flug vom Festland aus nach dem Franz-Josephs-Land. Die Piloten haben eine Strecke von 650 Kilometern über dem Meere zwischen Kowaja Semlja und der Fichaja-Bucht zu überfliegen.

**Opfer der Eisenbahn.** Nach einer Meldung aus Deutsch-Weißruss wurden der Schlossermeister Eduard Wasek von der Signalstellenleitung der österreichischen Bundesbahnen und der Werksführer Johann Hummel, beide aus Bilsch, bei der Arbeit auf der Eisenbahnstrecke in Pettau von einem Triebwagen überfahren und auf der Stelle getötet. — Aus Rosenbach in Mähren wird gemeldet, daß infolge unrichtiger Veranschlagung eines Güterzuges in das Bergbaugebiet fuhr und die Mauer der anschließenden Kanäle einbrach. Durch den Anprall wurde das Haus niedergebörstet und der Heizer Gustav Hofner getötet. — In der Nacht auf Dienstag entgleiten auf dem Bahnhofs in Pančale einige Wagen eines Personenzuges auf der Strecke Kom-Potenz. Hierbei wurden drei Personen, darunter zwei Eisenbahnangestellte, getötet und 20 Personen leicht verletzt.

**Erste Fahrt der Queen Mary.** Bei sehr schönem Wetter und günstigem Wind trat am Dienstag vom Dock der Firma Clyde in Glasgow der majestätische Dampfer „Queen Mary“, der Stolz der britischen Flotte, zur ersten Fahrt nach Greenock an. An der Küste hatten sich gegen eine Million Zuschauer versammelt, die das in See gehende Schiff begeistert begrüßten.

**Tauben flüchten ins Ohr gefahren!** Großes Aufsehen hat in London der Selbstmord eines Kriegsinvaliden aus dem Weltkrieg, Charles Beers, erregt. Beers hat sich erhängt und einen Brief hinterlassen, in dem er ausführlich, daß ihm ein weiteres Leben sinnlos scheint, nachdem der Krieg und die Opfer und Leiden der Menschheit nicht dazu geführt haben, solche Katastrophen in Zukunft unmöglich zu machen, sondern vielmehr heute wie niemals zuvor die Kriegsgefahr unmittelbar droht.

**Internationaler Landstreicherkongress.** In verschiedenen Staaten der Welt existieren Verbände von Landstreichern, aber keiner ist so aktiv wie die unter dem Vorbehalt des „Königs der Bettler“ Jesse Davis stehende amerikanische Organisation. Zu Ehrenmitgliedern dieser Organisation gehören schon lange Chaplin und Dampsch. Davis hat nun für August nach London eine internationale Tagung aller Landstreicher der Welt zusammenberufen. Dieser Ruf richtete sich an

## Volkswirtschaft und Sozialpolitik

### Die Konsumgenossenschaften gegen das Frühkartoffel-Syndikat

Gegen die Errichtung eines Frühkartoffel-Syndikats wenden sich die Genossenschaften in einer Kundgebung, welche an einige Ministerien gerichtet wurde. In diesem Protest heißt es u. a.: Die vorgeschlagene Regelung des Anbaues und des Handels mit Frühkartoffeln bedeutet nichts anderes als die Schaffung eines neuen Monopols und würde eine Verteuerung dieses Lebensmittels zur Folge haben, da ja der Zweck der Vorlage nur darin liegen kann, daß dem Produzenten hohe Preise gesichert werden.

Wir stehen auf dem Standpunkte, daß den Produzenten von Frühkartoffeln auf Kosten der Verbraucher bereits ein weitgehender Schutz gegeben wurde, der darin besteht, daß die Einfuhr von Frühkartoffeln aus dem Auslande, die vor fünf Jahren noch bis zum 30. Juni möglich war, in der Folge bis zum 23. Juni und im Jahre 1934 sogar nur bis zum 14. Juni beschränkt wurde. Die Einfuhr muß also gerade zu einer Zeit beschränkt sein, wo ausländische Ware am billigsten ist.

Dadurch, daß einerseits Auslandskartoffeln nach dem 14. Juni nicht mehr importiert werden können, andererseits aber noch keine Inlandsware vorhanden ist, entsteht auf den Märkten eine Warenknappheit, die es den Kartoffelproduzenten ermöglicht, für ihre erste Ware wesentlich höhere, oftmals sogar ganz unangemessen hohe Preise zu erzielen.

Aus all diesen Gründen können wir als Vertreter der Verbraucherinteressen nur erklären, daß wir uns mit aller Entschiedenheit gegen die Geschwörung dieser Regierungsvorlage über die Regelung des Anbaues und des Handels mit Frühkartoffeln stellen und mit Rücksicht auf die Notlage der Arbeiterschaft verlangen, daß die bisherige freie Bewirtschaftung beibehalten und daß die zollfreie Einfuhr aus dem Auslande vor fünf Jahren bis zum 30. Juni verlängert wird.

**Kein Verkauf an das Eisenkartell.** Das Eisenkartell bemühte sich, von der Gemeinde Kolizan die Eisenwerke zu erwerben. Der Stadtrat hat das Ansuchen abgelehnt und beabsichtigt, die Eigenterte selbst weiterzuführen.

## Ausland

### Die versäumte Gelegenheit von 1919

Die Baseler „Nationalzeitung“ befaßt sich in einem Leitartikel mit den „großen Defiziten der Gegenwart“. Neben die fehlerhafte Anlage des Friedens von Versailles und über die ihrer Meinung nach unglückliche Lösung des Donauraum-Problems schreibt die angesehenen Schweizer Zeitung u. a.:

„Der Ausbruch des Krieges von 1914 war ein Unglück, das in seiner wirklichen Größe vielleicht überhaupt noch niemand erkannte hat. Und

## Begegnungen in drei Ländern

Ich sitze inmitten der Bauern in einer kleinen südlicher Gajewitzsch, unweit von Brixen. Es ist die Zeit unmittelbar nach dem Inkrafttreten der Sanktionen. Ich hatte in den vorangegangenen Tagen Gelegenheit gehabt, zu beobachten, wie man aus den Sanktionen ein Mittel der Kriegspropaganda machen kann.

„Sanzionamo i sanzionisti!“ (Sanktionieren wir die Sanktionen!) schreien Plakate in allen Ladenfenstern. „Au! um Aug! Jahn um Jahn!“ — „Es lebe Italien! Es lebe der Duce!“ Neben den Toren der provisorischen Kasernen macht sich ein Madauererismus breit: „Gredete — obedire — combatiere!“ (Glauben — gehorchen — kämpfen!). Und gegenüber der Stradentüre in Tramin liegt ein folgendes demokratisches Glaubensbekenntnis: „Wir glauben an den Duce, weil wir an Gott glauben!“

Nun beobachte ich meine Nachbarn in der Gajewitzsch, kernige, wortstarke Leute. In der Zeitung lese ich gerade eine neue Proklamation an Hausfrauen und die Besitzer von Lebensmittelgeschäften. Es wird zu größter Sparsamkeit mit dem Umschlagpapier aufgefodert — viele Waren, so wird gesagt, lassen sich ohne Verpackung nach Hause tragen. Also: Hausmütter, tut enere Pflicht!

„Hat man wirklich so wenig Papier in Italien, daß dies nötig ist?“ frage ich meinen Nachbarn.

nicht weniger als 800.000 Mitglieder der verschiedenen Verbände, und man nimmt an, daß viele Tausende sich Monate vorher auf die Wandererschaft begeben, um rechtzeitig nach London zu gelangen. Uebrigens ist der Kongress beschlossene worden, ohne daß die Londoner Polizei vorher um Genehmigung befragt wurde. Jesse Davis verspricht auf dem Kongress eine Reihe von sensationellen Enthüllungen und „wundervollen“ Uebersetzungen zu bieten.

die Art und Weise, wie dieser Krieg 1918/19 in einen Friedenszustand übergeführt worden ist, hat dieses Unglück nicht verkleinert. Nordamerika ist zwar, nicht aus Liebe zum Recht, sondern aus Sorge um seine Kriegsanleihen, seinen Schuldnerstaaten zu Hilfe gekommen. Aber diese Hilfe hat mit dem Kapitulationsangebot Deutschlands sofort aufgehört. Es konnte nicht dazu gebracht werden, aus dem preussisch-deutschen Waffenstillstandsangebot die einzig richtige Folgerung zu ziehen, das deutsche Heer zu entlassen, Deutschland zu besetzen und den Frieden, statt zu Versailles, dort zu schließen, von wo der Krieg ausgegangen ist, zu Potsdam. Dann hätte die deutsche Nation daran geglaubt und es begriffen, daß sie den Krieg verloren habe. Dann aber hätte man ihr auch einen gerechteren und für sie selber besser sorgenden, ihre Zukunft glücklicher gestaltenden Frieden als den von Versailles anerbieten müssen. Hätte die Rechts- und nicht nur die Selbstschuttsidee den Frieden von 1919 geschaffen, so hätte er die abendländische Entwicklung dem unheilvollen Banne der Bismarckschen Gewaltpolitik, die bei Königgrätz erfolgreich einsetzte und von dort ihren Siegeszug genommen hat, entzogen. Statt dessen hat der Friede von Versailles, St. Germain, Trianon denjenigen von Prag vom 23. August 1866 polen- und Oesterreich zertrümmert! Dieses wurde als rein deutscher Kleinhaart mit einer der Voraussetzungen ihrer Größe entrisenen Hauptstadt zur schuldlosen Beute des nun erst recht konsentrierten, nationalstiftischen Deutschlands zuwegeschnitten. Daß dieses Oesterreich, ohne eigenen Staatsgedanken, ohne eigennationale Tradition der Anstufung anie versallen mußte, wurde nicht überlegt, nur die notwendig psychologische Wirkung aus einer solch ungeschichtlichen und irdigen Anordnung, eben der Anstufung, juristisch verboten und damit im Prinzip bereits der Reim zu neuen Kriegen gelegt. Man hätte ebensogut Polen, die Tschechoslowakei, Kroaten-Slowenen als selbständige Nationalitäten innerhalb einer mitteleuropäischen Föderation gruppieren können, zusammen mit einem ungeheuren Ungarn, als selbständige Staaten, mit den deutschsprechenden österreichischen Ländern sowie eventuell den süd- und mitteldeutschen Bundesstaaten. Ein solcher oder ähnlicher mitteleuropäischer Bund hätte mit seinen Kriegslasten belegt werden dürfen. Er wäre sofort in den Völkerbund aufzunehmen gewesen. Man hätte jedem einzelnen seiner Bundesländer die Haltung einer Ritz gestatten, dem ganzen Gebiet Neutralität gewähren und es darauf verpflichten sollen.“

**Personalveränderungen in Japan.** Das japanische Kriegsministerium gibt bekannt, daß als Folge der Ereignisse vom 26. Februar d. J. wichtige Personalveränderungen in der japanischen Armee, im Generalstab, im Kriegsministerium und bei den Truppenkommandos zu verzeichnen sind. Der Personalwechsel in der Umgebung des Kaisers ist jetzt abgeschlossen. Zum Flügeladjutanten wurde Generalleutnant Hamis als Nachfolger des Generals Donjo ernannt. Nachfolger des Hofmarschalls Izuzuki dürfte der bisherige Minister der Kriegsmarine, Usumi, werden.



Ausgesprochen minderrassig, meine Herren...

Was unterstehen Sie sich, das ist der Sohn eines Gauleiters der NSDAP!

Ausreden lassen! Ich wollte sagen: ausgesprochen minderrassig muß der sein, der diesem Kopf nicht die edle Rasse ansieht.

## Gerichtssaal

### Abenteuerliche Zechprellerei

Prag. Der 37jährige Franz Klobb, feinerzähliger Anhaber einer arbeitslosen Agenturfirma, hat es mit den Grundhagen kommerzieller Anständigkeit nicht eben ernst genommen. Unachtet seiner bisherigen formellen Unbedenklichkeit jagte er getrieben wegen allerlei Skandals- und Lieferungsabweichungen sechs Monate schweren Kerkers aus, und zwar unbedingte.

Das Interessante an diesem Fall ist eine kleine Episode, die nur nebenbei erwähnt wurde. Eine ebenso unbedenklich anmutende als charakteristische Episode, die beweist, was ein talentierter Betrüger der menschlichen Leichtgläubigkeit zumuten darf.

Der besagte Herr wurde im Spätherbst, nachdem er einige Wochen in Untersuchungshaft verbracht hatte, auf freien Fuß gesetzt. Er besaß sich in eine Restauration in der Nähe des Kreisgerichtes, wo er, obwohl er kein Geld bei sich hatte, auf zu Mittag aß und nicht einzigen Wäskern sechs Kommisskannen konsumierte. Dann rief er den Kellner — einen jungen, noch ziemlich unerfahrenen Menschen — und sagte ihm mit großer Selbstverständlichkeit: „Herr Ober, ich kann nicht zahlen. Ich komme nämlich aus der Untersuchungsabteilung und habe also kein Geld bei mir.“ Der Kellner erwiderte: „Ich bin Direktor Klobb und habe eine politische Sache...“ Und nun ging es los. Er bestellte eine Wäsk in Karlsbad, sei Anhaber der Firma Jandso und habe bloß deshalb kein Geld bei sich, weil er unvermutet entlassen wurde und die Wäsk schon geordert seien. Er werde dem Kellner aber einen Scheck ausstellen. Und mit großer Geste zog er ein Scheckbuch aus der Tasche.

Der junge Kellner wurde schwach. Das Scheckbuch importierte ihm; denn er wußte nicht, daß das Bankkonto des Herrn Klobb keinen Heller wert war. Der Betrüger bemerkte den günstigen Eindruck und begann seinen Mann nun erst richtig zu bearbeiten. Kurz und gut: die Sache endete damit, daß der Kellner nicht nur die Rede von 28 Kč kreditierte, sondern dem „Herrn Direktor“ auch noch 100 Kč lieh, weil dieser nicht anders als per Taxi heimfahren und außerdem noch ein paar Groschen für alle Hölle bei sich haben wollte. Dafür stellte ihm Klobb nicht nur einen Scheck über den Scheckbetrag (plus 50 Kč Trinkgeld) aus, sondern gab ihm noch eine weitere erkrankliche Eiderhüllchen, nämlich seinen Strohhut, der durch die vielen gestempelten Papiere den armen Ober als altes Pfand erschien. Dabei bemerkte der Betrüger noch mit wichtiger Miene: „Mensch, dieser Akt ist Tausende wert!“

Der vertrauensvolle Kellner beruhigte sich um so eher, als er in der Gerichtsanzeige erfuhr, daß der vorläufig Haftentlassene tatsächlich einen hübschen Wohnort und vermögens auch noch etwas Vermögen habe. Aber Klobb ließ nichts mehr von sich hören und machte schließlich auch vom Gericht gefast werden, ehe man ihn neuerlich und diesmal ebenfalls hinter Schloß und Riegel setzte. Sein Geld hat der Kellner allerdings nicht wieder gesehen.

Finster grüßt er: „Möge ich — aber soviel Papier werden wir auf jeden Fall aufbewahren, daß Mussolini darauf sein Testament schreiben kann!“ Sprich's, trinkt aus und geht in der Sorge, am Ende zu viel gesagt zu haben... Das war Italien...

In Garmisch-Partenkirchen komme ich zufällig einige Tage später mit einem Einheimischen ins Gespräch, einem Manne in landesüblicher Tracht, der sich aber schließlich als Akademiker entpuppt. Er hat offensichtlich mit der katholischen Aktion zu tun gehabt und weiß in allen einschlägigen Fragen gut Bescheid.

Sein Stedenpferd ist die unausrottbare bayerische Abneigung gegen Preußen. Er möchte gerne nach Schweden reisen, aber seine Ueberzeugung verbietet ihn, durch Preußen zu fahren. Im Knopfloch trägt er ein Fähnlein in den bayerischen Farben blau und weiß.

Halb ironisch frage ich ihn, ob er nicht wisse, daß die verschiedenen Landesfarben seit dem Nürnberger Plaggengesch nicht mehr gezeigt werden dürfen.

Eine fast dramatische Geste begleitet seine Antwort:

„Herr, Blau und Weiß sind die Farben des Himmels! Mögen die Nazi noch so tüchtig sein — so tüchtig sind sie nicht, daß sie zu einem Verbreden stempeln können, wenn man sich zur Farbe des Himmels bekennet!“

Das war in Deutschland...

In einem Wiener Kaffeehaus beobachte ich ihn, den Mann vom „kommenden Groß-Oesterreich Ein l. u. f. Hauptmann a. D., 1.95 lang und ebenso geradlinig wie groß.

„Glauben Sie mir“, donnerte er seine Zuhörer an, „ich bin Realpolitiker! Es gibt keinen dauernden Frieden in der Welt, ehe wir die älteste und sauberste Biffenkarte offen auf den Tisch legen, die Karte, auf der ein einziges Wort steht: „Gabsburg!“

Seine Zuhörer stimmten teilweis bewundernd, teils nur verwundert zu. Jedenfalls hat man hier im Lande wenigstens Narrenfreiheit, denke ich, wenn man schon keine andere Freiheit hat.

Eines Tages bringt der Mann schwarzes und gelbes Papier und Schere und Alabastergummi mit und beginnt eifrig zu arbeiten. Neugierig folgen meine Blicke seinem Tun. Er säubert kleine Papierstückchen aus und klebt sie zusammen zu kleinen Röhren, die er den Angehörigen seines Kreises gibt.

Seine Augen begegnen meinen, entdecken meine Neugier. Er deutet sie falsch und kommt zu meinem Tisch herüber.

„Mein Herr, sicher wollen auch Sie diese sauberste Röhre der Weltgeschichte offen vor Welt zeigen!“

Und stolz lächelnd dekoriert er mich, ehe ich den Mund zum Widerspruch öffnen kann, mit dem Papierfädchen und zieht sich zufrieden an seinen Tisch zurück.

Das war Oesterreich...

